

NZZ am Sonntag

Amazonas

Die Schweiz darf sich nicht zum Spielball Bolsonaros machen

Nun wissen wir: Die Haltbarkeit eines wurmstichigen Apfels beträgt ziemlich genau eine Woche. So lange dauerte die Aufregung um das jüngste SVP-Wahlkampf-sujet. Mit den verheerenden Bränden im Amazonasgebiet ist die Umwelt- und Klimapolitik wieder zuoberst auf der Agenda, auch in der Schweiz. Neue Munition für harte Auseinandersetzungen liefert das Handelsabkommen der Efta-Staaten (darunter die Schweiz) mit dem südamerikanischen Wirtschaftsraum Mercosur, dessen Abschluss der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro am Freitag euphorisch verkündet hat. Bolsonaro gilt als Umweltsünder erster Güte, ihm wird eine Mitschuld an den Brandrodungen im Amazonas nachgesagt. Darf die Schweiz mit solchen Regierungen Abkommen schliessen? Gewiss: Als kleine, offene Volkswirtschaft braucht die Schweiz Handelsverträge. Aber sie muss den jetzt einsetzenden Ratifikationsprozess nutzen, um Druck auf Brasilien auszuüben. Und sie sollte sich von Jair Bolsonaro nicht gegen die EU ausspielen lassen. Emmanuel Macron hat nämlich damit gedroht, das Handelsabkommen, welches die EU ihrerseits mit den Mercosur-Staaten abgeschlossen hat, nicht zu unterzeichnen, solange Brasilien seine klimapolitischen Verpflichtungen nicht erfüllt. Es wäre naiv, wenn die Schweiz als Lückenbüsserin einspringen würde. *Luzi Bernet*

Geldpolitik

Notenbanken rütteln bereits am nächsten Tabu

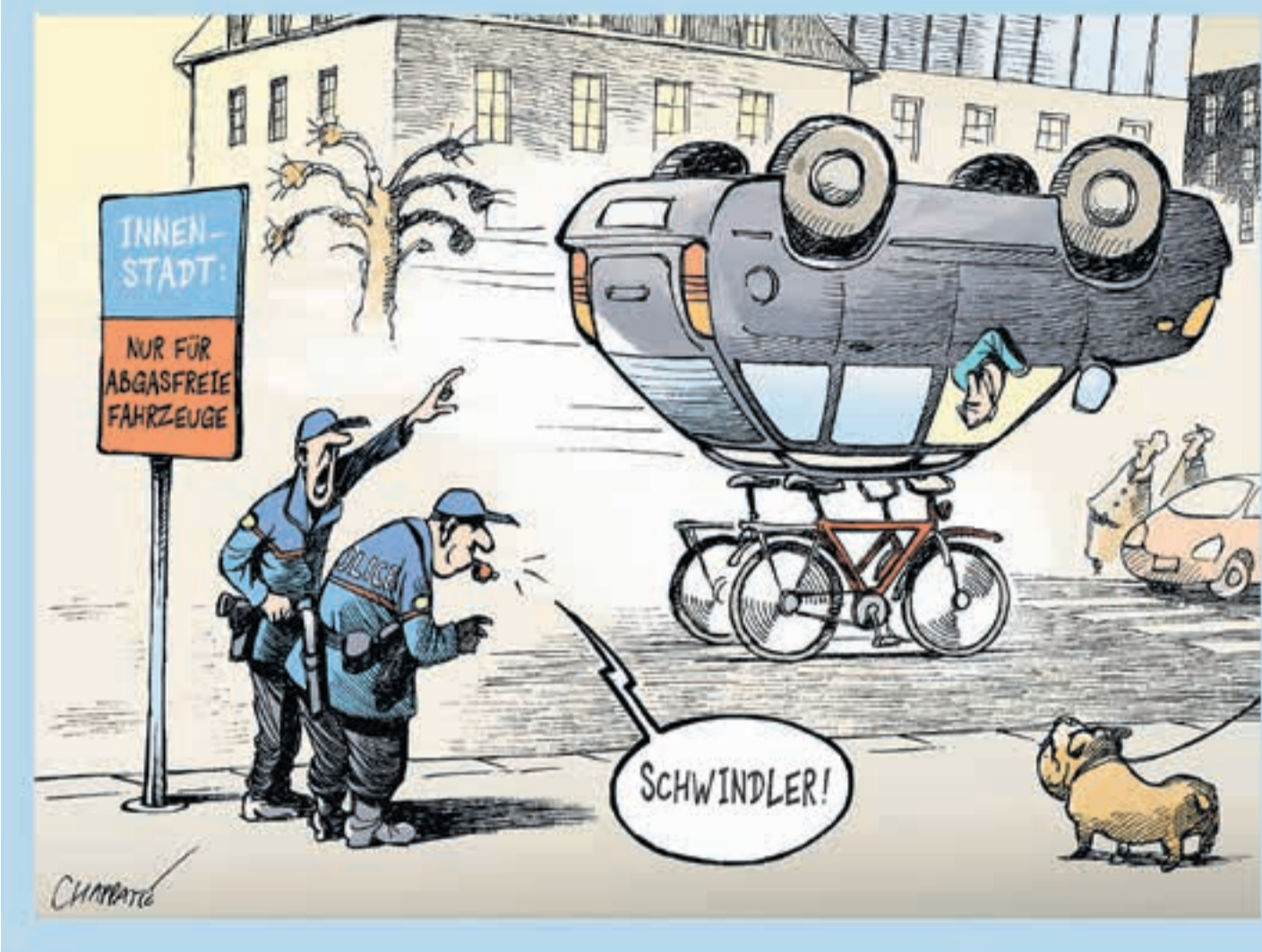
Negative Leitzinsen galten früher als undenkbar. Heute erhält der Staat für seine Schulden sogar Geld. Zur Ankurbelung der Wirtschaft will die Europäische Zentralbank den Zins noch mehr ins Negative senken. Doch diese Waffe stumpft ab. Deshalb planen führende Geldpolitiker den nächsten Tabubruch. Im Visier haben sie die Notenpresse: So rät auch Philipp Hildebrand, Ex-Präsident der Nationalbank und heute Vizepräsident des Anlageriesen Blackrock, die Notenbanken sollten frisch gedrucktes Geld direkt an die privaten Haushalte und die Staaten überweisen. Das Konzept - auch «Helikoptergeld» genannt, weil die Gutschriften gleichmässig über das Land abgeworfen werden - galt bisher als rote Linie. Denn es schädigt das Vertrauen in die Währungen. Für die Schweiz als sicheren Hafen ist die Entwicklung gefährlich: Sie verstärkt den Aufwertungsdruck auf den Franken. Was die Nationalbank zum Kauf von noch mehr Fremdwährungen zwingt. Doch stösst sie damit an ihre Grenzen. Die Idee eines Staatsfonds zugunsten der Bevölkerung gewinnt daher an Dringlichkeit. Noch weigert sich unsere Notenbank, die riesigen Reserven anzutasten. Aber auch dieses Tabu könnte in diesen verrückten Zeiten bald fallen. *Albert Steck*

E-Trottinette

Auflagen ja, Verbote nein

Bisher verdient weltweit keine Verleihfirma mit E-Trottetten Geld, dennoch hat die Branche bei Investoren mehr als eine Milliarde Dollar an Kapital eingesammelt. Die kleinen Flitzer werden indes zu Unrecht als Verkehrsmittel der Zukunft gehandelt. In der Schweiz konkurrenzieren sie nur den öffentlichen Verkehr, in den die Kommunen jedes Jahr Milliarden an Steuergeldern pumpen. E-Scooter mit Verboten von den Strassen zu verbannen, ist nicht nötig. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Trottinette sicher sind und wie alle Verkehrsmittel die Strassenverkehrsgesetze erfüllen. Wie bei jedem Geschäftsmodell, das sich nicht rentabel betreiben lässt, werden die Unternehmen sie von selbst aus dem Verkehr ziehen. *Franziska Pfister*

Chappatte im Sommer



Der externe Standpunkt

Die Gefahren des Sponsorings an Universitäten

Das Problem an privat bezahlten Lehrstühlen ist nicht der plumpe Einfluss auf die Forschung. Es ist viel ernster: Sponsoring unterminiert die Glaubwürdigkeit der Hochschulen, **schreibt Markus Müller**

Wenn Private dem Staat bei seinen vielfältigen Aufgaben finanziell unter die Arme greifen, ist das nicht a priori etwas Schlechtes. Meist passiert es aber nicht ganz uneigennützig. Der Staat tut jedenfalls gut daran, genau darauf zu achten, von wem er Geld annimmt und sich im Gegenzug als Werbepattform anbietet. Ein sorgloser Umgang mit Geldgeschenken bewährt sich selten. Das bekam diesen Sommer auch das EDA, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, zu spüren. Tabakkonzerne und Waffenproduzenten als Sponsoren kommen schlecht an. Der gemeinsame Auftritt unter Schweizer Flagge will daher sorgfältig überlegt sein. Auf dem Spiel stehen letztlich Ansehen und Glaubwürdigkeit des Staats und seiner Institutionen.

Seit einigen Jahren macht das Sponsoring in der Hochschulforschung regelmässig von sich reden. Auch hier sind es Ansehen und Glaubwürdigkeit der Hochschulen, die durch das unkritische Annehmen von privaten Geldern Schaden erleiden können. Dies hat im Jahre 2012 das 100-Millionen-Geschenk der UBS an die Universität Zürich der Öffentlichkeit beispielhaft vor Augen geführt. Seither ist die Sensibilität für die Risiken des Lehrstuhl- und Forschungssponsorings gestiegen. Die Hochschulleitungen sind etwas vorsichtiger geworden und schauen genauer hin, mit wem sie kommerzielle Partnerschaften eingehen. Die Zahl privat finanzierter Lehrstühle steigt dennoch stetig an, wie eine Umfrage der CH-Media-Zeitungen jüngst ergab.

Dabei zeigen neuere Fälle, dass es vielerorts noch eines vertiefteren Verständnisses für die Problematik bedarf. Nur so lässt sich erklären, dass jüngst eine Firma, die anthroposophische Arzneimittel produziert (Weleda), an der Universität Basel einen Lehrstuhl für anthroposophisch erweiterte Medizin finanzieren durfte. Oder dass eine Stiftung, gegründet und alimentiert von

einem Unternehmer, dessen Firma Produkte für Diabetiker herstellt (Ypsomed), an der Universität Bern drei Professoren in der Diabetesforschung finanzieren konnte.

Beides Geldgeber von untadeligem Ruf. Und in beiden Fällen geht es um wichtige, gesellschaftlich relevante Forschung. Um sie zu ermöglichen, ist freilich nicht jedes Mittel recht. Vielmehr legt das hohe öffentliche Interesse nahe, hier besonders scharf auf die Unabhängigkeit zu achten. Sie macht letztlich den - unbezahlbaren - Wert universitärer Forschung aus. Wo nun aber private Unternehmen Forschung finanzieren, an deren Ergebnissen sie eigene wirtschaftliche Interessen haben, entsteht (ganz abgesehen von einem staatlich verschafften Wettbewerbsvorteil) rasch der Anschein gekaufter Forschung. Dieser Anschein genügt, um die Glaubwürdigkeit der Forschung zu erschüttern. Oder kann man es jemandem verübeln, wenn er einer von einem Schokoladenhersteller (Mars Inc.) bezahlten Medizinprofes-

sorin nicht glauben will, wenn sie erklärt, der Konsum von Schokolade sei gut für das Herz und für eine gesunde Ernährung?

Die Gefahren des privaten Sponsorings nehmen viele erst wahr, wenn sich in einer gesellschaftlich umstrittenen Frage die Suche nach einer unabhängigen Expertise als schwierig herausstellt. Andere wiederum reagieren vor allem dort sensibel, wo sie sich persönlich betroffen fühlen. So hat angeblich das erwähnte Weleda-Sponsoring in der Fakultätsversammlung bei vielen Medizinern und Pharmazeutinnen deshalb zu Unmut geführt, weil sie sich ungern in die Nähe eines anthroposophischen Unternehmens gerückt sehen. An sich verständlich: Jeder unabhängige Forschergeist müsste sich in der Nähe eines Wirtschaftsunternehmens unwohl fühlen, egal, welcher Philosophie dieses auch immer verpflichtet ist.

Sind sie einmal da, lassen sich Zweifel an der Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit so schnell nicht wieder ausräumen. Vertragsklauseln, welche die Unabhängigkeit der Forschung jederzeit zu garantieren versprechen, nützen da ebenso wenig wie Beteuerungen der Forschenden, sich niemals kaufen zu lassen. Der Anschein der Abhängigkeit und Beeinflussbarkeit bleibt trotzdem haften und zerstört damit letztlich den Wert der (möglicherweise inhaltlich einwandfreien) Forschung. Das können wir uns als Gesellschaft nicht leisten. Denn was wir essen und trinken, welche Medikamente wir nehmen, ob wir E-Zigaretten rauchen, Dieselautos fahren oder Solarpanels auf dem Dach montieren, all das und vieles mehr machen wir von den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Forschung abhängig. In einer Welt, in der Fake-News allmählich zur Normalität werden, wächst das Bedürfnis der Allgemeinheit, wenigstens in den staatlichen Universitäten noch einen Ort zu wissen, der für Integrität, Unabhängigkeit und Verlässlichkeit bürgt. Diesen zu schützen und zu erhalten, ist zuallererst eine staatliche Aufgabe - mit staatlichen Mitteln.

Markus Müller



Markus Müller, 59, ist seit 2004 ordentlicher Professor für Staats-, Verwaltungs- und öffentliches Verfahrensrecht an der Universität Bern. 2013 gehörte Müller zu den Mitinitianten des «Internationalen Appells für die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit», wie der Zürcher Appell (www.zuercher-appell.ch) offiziell heisst.